

## FUEN KONGRESS HAUPTRESOLUTION 2024

---

### Zur Entwicklung eines europäischen Rechtsrahmens für den Schutz und die Förderung von Minderheiten

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) hat auf ihrer Delegiertenversammlung am 21. September 2024 in Husum/Hüsem, Deutschland, die folgende Resolution verabschiedet:

Die Situation mehrerer autochthoner nationaler und sprachlicher Minderheiten weltweit und insbesondere in Europa verschlechtert sich, und der Minderheitenschutz nimmt bedenklich ab. Dies war die wichtigste Schlussfolgerung der internationalen Expertenkonferenz „Ewald Ammende“, die von der FUEN am 3. und 4. März in Brüssel organisiert wurde. Die Konferenz empfahl der FUEN, sich für einen umfassenden EU-Rechtsrahmen mit klaren Schutzstandards einzusetzen, um die Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten, einschließlich ihrer Kultur, Sprache und Identität, wirksam zu schützen und zu fördern, und ein neues Kooperationsforum für zivilgesellschaftliche Organisationen zu gründen, das sich auf Minderheitenrechte konzentriert.

#### In Bezug auf die Europäische Union

1. Die FUEN fordert einen umfassenden EU-Rechtsrahmen für den Schutz und die Förderung von nationalen und sprachlichen Minderheiten in Europa sowie die Anerkennung ihres Mehrwerts für jede Gesellschaft. Dieser Rahmen sollte einen gemeinsamen europäischen Politikstandard festlegen, der umfassend sowohl die kollektiven als auch die individuellen Menschenrechte für Angehörige nationaler oder sprachlicher Minderheiten sicherstellt und ihnen ein Leben als gleichberechtigte Bürger in allen Aspekten des privaten und öffentlichen Lebens ermöglicht.
2. Nationalen und sprachlichen Minderheiten müssen innerhalb der EU-Institutionen größere Aufmerksamkeit gewidmet werden und sollten fester Bestandteil eines der Ressorts der neuen Kommissionsmitglieder werden. Die FUEN fordert die EU-Institutionen dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die kulturelle und sprachliche Vielfalt der nationalen und sprachlichen Minderheiten als einen grundlegenden Aspekt der europäischen Lebensweise aktiv unterstützen.
3. Die FUEN fordert die neue Europäische Kommission auf, die Vorschläge der europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack Initiative“ (MSPI), die von mehr als einer Million Bürgern und einer großen Mehrheit des Europäischen Parlaments unterstützt wurde, erneut zu bewerten. Die Kommission sollte eine europäische Strategie und rechtliche Maßnahmen auf der Grundlage der MSPI entwickeln.
4. Die Kommission sollte ein beratendes Gremium einrichten, das bei der Politikgestaltung und der Umsetzung der EU-Gesetzgebung in Bezug auf traditionelle nationale und sprachliche Minderheiten in der EU und ihrer Nachbarschaft fachkundig zur Seite steht.

5. Nach der Entscheidung des Europäischen Rates, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau zu eröffnen, fordert die FUEN die EU-Institutionen auf, sicherzustellen, dass die Kandidatenländer und auch alle EU-Mitgliedsstaaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen, einschließlich der Verbesserung ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz nationaler Minderheiten.
6. Die FUEN unterstützt nachdrücklich die Wiedereinsetzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen, die derzeit das einzige Forum innerhalb der EU-Institutionen ist, das sich mit den Herausforderungen befasst, mit denen sprachliche und autochthone Minderheiten in der EU und ihrer Nachbarschaft konfrontiert sind.

### **In Bezug auf den Europarat**

7. Der Europarat sollte dem Minderheitenschutz auf der Tagesordnung der Organisation Vorrang einräumen und ihn verstärken und die Zusammenarbeit mit der, im Bereich des Minderheitenschutzes tätigen, Zivilgesellschaft intensivieren, unter anderem durch Erleichterung ihrer Teilnahme als Beobachter in den entsprechenden Gremien des Europarates.
8. Die FUEN bedauert, dass der Lenkungsausschuss für Antidiskriminierung, Vielfalt und Integration (CDADI) trotz ihres langjährigen beratenden Status beim Europarat im Juni 2024 beschlossen hat, die FUEN nicht als Beobachter zuzulassen. Die FUEN bekräftigt ihr Hauptziel, die Diskriminierung nationaler Minderheiten zu bekämpfen, ihre Vielfalt zu fördern und ihre volle Integration in die Gesellschaft zu gewährleisten. Die FUEN verpflichtet sich, weiterhin eine kritische Stimme zu erheben, wenn Mitgliedsstaaten Maßnahmen ergreifen, die sich negativ auf nationale Minderheiten auswirken, oder wenn sie diskriminierende Handlungen gegen sie tolerieren.
9. Die FUEN empfiehlt, innerhalb der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ein eigenes parlamentarisches Gremium für autochthone nationale Minderheiten einzurichten, um einen systematischen Dialog und eine Zusammenarbeit zwischen den Vertretern aller Mitgliedstaaten des Europarats im Bereich des Minderheitenschutzes zu gewährleisten, wie dies im Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und in der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML) vorgesehen ist.

### **In Bezug auf die Vereinten Nationen (UN)**

10. In Anerkennung der bedeutenden Arbeit der UN zu Minderheitenfragen auf globaler Ebene empfiehlt die FUEN die Einrichtung eines ständigen Forums für Minderheitenfragen. Das Forum sollte die Bemühungen in Bezug auf die Rechte und Belange von Minderheiten koordinieren, Informationen und Fachwissen zum Minderheitenschutz aus erster Hand bereitstellen und den Dialog über Minderheitenfragen fördern.
11. Die FUEN unterstützt nachdrücklich die Bemühungen des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen und ermutigt ihn, einen kontinuierlichen und sinnvollen Austausch mit der im Bereich des Minderheitenschutzes aktiven Zivilgesellschaft zu führen und die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihre Konsultationskanäle mit Minderheiten zu verbessern.



### **In Bezug auf die Zivilgesellschaft**

12. Die FUEN möchte die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft, die traditionelle nationale und sprachliche Minderheiten vertreten, durch die Einrichtung eines Europäischen Minderheitenrates verbessern, um die Bemühungen zu synchronisieren und die Stimmen und Interessen der nationalen Minderheiten besser zu vertreten.